

Informationen zum Datenschutz im Rahmen des Tätigwerdens des Ordnungsamtes gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

sowie Art. 13 der Richtlinie 2016/680 (Justizrichtlinie) und § 43 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) im Ordnungswidrigkeitenverfahren

Der Schutz Ihrer Personen bezogenen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen. Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben.

Welche Verarbeitungstätigkeiten fallen in den Bereich des Ordnungsamtes?

Erhebung, Speicherung, Auswertung und Löschung von personenbezogenen Daten (Name, Geburtsdatum, Adresse, KFZ-Kennzeichen, Führerscheindaten, sowie Einkommensnachweise der Betroffenen, im Rahmen der Verkehrsüberwachung zusätzlich Daten der anzeigenden Personen und evtl. Zeugen, optional Kontaktdaten, Bankverbindung und Staatsangehörigkeit der Betroffenen Person) soweit für die Bearbeitung von Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Verfahren, Bescheiderlass (Hunde, Feuerwerk, Veranstaltungen, Versammlungen etc.), Erhalt der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, Gewährleistung der Sicherheit des Straßenverkehrs, Prüfung der Voraussetzungen für Ausnahmegenehmigungen und zur allgemeinen Gefahrenabwehr erforderlich. Vorstehendes bezieht sich auch auf Daten weiterer Beteiligter (bspw. anzeigende Personen oder eventuelle Zeugen).

Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung und an wen können Sie sich wenden?

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-0
E-Mail: [stadtverwaltung\(at\)idar-oberstein.de](mailto:stadtverwaltung(at)idar-oberstein.de)

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 Lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Datenschutz
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-1121
E-Mail: [datenschutz\(at\)idar-oberstein.de](mailto:datenschutz(at)idar-oberstein.de)

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie aller weiteren maßgebenden Gesetzen. Die Verarbeitung dient zum Zweck der Bearbeitung der oben genannten im Ordnungsamt anfallenden Aufgaben im Sinne folgender Vorschriften:

- Art. 6 Abs. 1 lit. a – e DSGVO (lit. a = Einwilligung, lit. b = Erfüllung eines Vertrages, lit. c = rechtliche Verpflichtung, lit. d = lebenswichtige Interessen betroffener oder andere natürlicher Personen, lit. e = Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder Ausübung öffentlicher Gewalt) i.V.m. § 3 (Zulässigkeit), § 4 (Erhebung bei Dritten), § 28 Abs. 1 (allg. Grundsätze – rechtmäßige Verarbeitung von personenbezogenen Daten), § 43 Nr. 1 (allg. Informationen zur Datenverarbeitung – Zweck der Verarbeitung) Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LDSG)
- Gewerbeordnung
- LHundG
- OWIG
- POG
- Sondernutzungssatzung
- StPO
- Versammlungsgesetz

Wir wiesen darauf hin, dass es sich hier um keine abschließende Aufzählung handelt.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden, soweit im Einzelfall erforderliche, weitergegeben an:

- Bundesagentur für Arbeit
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V.
- Feuerwehr
- Finanzamt
- Gewerbeaufsichtsbehörden
- Handwerkskammer
- Industrie- und Handelskammer
- Justizbehörden
- Kraftfahrtbundesamt
- Lebensmittelüberwachungsbehörden
- Mess- und Eichamt
- Polizeiinspektion
- Staatsanwaltschaft
- Statistisches Landesamt
- Veterinäramt
- weitere Sicherheitsbehörden
- Zollverwaltung
- sachlich betroffene Ämter innerhalb der Verwaltung (z.B. Bauamt, Kasse, Steueramt, untere Wasserbehörde, Zulassungsstelle)
- weitere nach der Strafprozessordnung und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten berechnigte Stellen

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Personenbezogene Daten können zur Erhaltung von Beweismitteln bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden, soweit nicht durch gesetzliche Regelungen andere kürzere oder längere Aufbewahrungsfristen vorgegeben sind.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- a. Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- b. Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- c. Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- d. Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - o insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - o für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - o wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - o oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- e. Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.
- f. Jede betroffene Person hat das **Recht auf Beschwerde** beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn er der Ansicht ist, dass seine personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Kontaktdaten sind:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Tel.: 06131 / 89200

E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle(at)datenschutz.rlp.de)